

für Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 3 00 Mark, vierteljährlich 9 00 Mark, durch die Post 7 50 Mark auschl. Zustellungsgebühr.

Zeitung

Diechundfünfzigster Jahrgang.

Die 6 Spalten 24 mm breite Zeile metrisch oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 24 mm breite Zeile 40 Pf.

Nr. 2.

Halle, Freitag, den 2. Januar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

Der weitere Abtransport der Eisernen Division. Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Meldung, daß die Eisene Division als Gegenstück im Nordspiegel von Olpeprien verwendet werden soll, kann nicht zutreffen.

Die Hinausschiebung der Ratifikation. Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Zu der Meldung, daß der Austausch der Ratifikationsurkunden erst am 10. Januar vor sich gehen soll, liegen amtliche Nachrichten aus Paris nicht vor.

Das Hochwasser des Rheins. Ein Ellenbahndamm durchbrochen. Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Das Hochwasser des Rheins ist im Wallen. Bei Somborn in der Nähe von Duisburg hat das Hochwasser den Ellenbahndamm durchbrochen.

„Die Schiffsaltsunde Bayerns“. München, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) In Kosenheim findet heute eine große öffentliche Versammlung statt, auf der Dr. Seim von den Christlichsozialen und des Landesregers von Bayerischen Bauern über die Schiffsaltsunde Bayerns sprechen werden.

Die Kaiserbriefe an Zar Nikolaus. Wie der Zar gemahnt wurde. Berlin, 2. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die Kaiserbriefe an den kaiserlichen Zaren Nikolaus sind in einem unter dem 26. September 1905 Joghann Rominten datierten Briefe macht der Kaiser auf die selbe Gefahr aufmerksam.

Deutschland wie ein Donnerstags getroffen und ein tiefes Gefühl der Beunruhigung hervorgerufen. Sie ist schon vier Corps stark gegen meine Armee. Das in Aussicht genommene neue Corps würde die ohnehin überflüssigen französischen Kräfte auf fünf Corps erhöhen und würde eine ernstliche Bedrohung bilden für mein Land.

Frankreich und der Streit am Konstantinopel. Paris, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Saint Brice hat im „Journal“, daß nach den Verhandlungen zwischen Lloyd George und Clemenceau nichts Grundheiliches über die Orientfrage festgelegt wurde und auch in den letzten Unterredungen zwischen Lloyd George und Berthelot in der letzten Woche habe es sich inhaltlich um vorbereitende Besprechungen gehandelt.

Die Dohn nach Dageb. London, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Das Reutersche Bureau meldet, daß der Eisenbahnverkehr von Dageb nach Dageb in allerhöchster Eile aufgenommen wird.

Suchbare Verantwortung für das entsetzliche Blutvergießen.

In einem weiteren Briefe nach der bekannten Krüger-Presse, worin Kaiser Wilhelm den Präsidenten zum Siege beglückwünscht und in der die englische Presse eine ungehörige Einmischung in die Beziehungen Englands zu Transvaal sehen wollte, schreibt der Kaiser: Ich habe, da die Transvaalrepublik von der englischen Presse angegriffen wurde, eine sehr ernste Sprache mit Frankreich geführt und Verbindungen in Paris zur gemeinsamen Verteidigung gesucht.

Gegen die Verschlebung von Getreide.

Bemerkung der Uebermaßungsbeamten. Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) In den Klagen, daß größere oder geringere Getreidemengen über die Grenzen verschoben werden, um teils im Auslande zu höherem Preise Absatz zu finden, teils die Auslandsgetreide zu Wucherpreisen nach Deutschland zurückzuführen, hat sich die Reichsregierung entschlossen, nunmehr voranzutreten, Maßnahmen zu treffen, um die heimischen Getreidepreise wirksam entgegenzusetzen.

Der neue Entwurf des Strafgesetzbuches.

Offenlegung des neuen Strafgesetzbuchentwurfes dürfte im Spätwinter erfolgen, nach dem die aus vier Mitgliedern des Reichsjustizministeriums bestehende kleine Strafrechtskommission die letzten Arbeiten beendet hat. Der Entwurf, der dann der öffentlichen Beurteilung unterbreitet wird, setzt sich aus über 430 Paragraphen zusammen.

Ungarn vollkommen zu Grunde gerichtet.

Eine Rede des ungarischen Ministerspräsidenten. Budapest, 1. Jan. Ministerpräsident Huszar sagte heute in seiner Antwort auf die Reichsjustizwünsche der Mitglieder der radikalen Partei aus, daß das Land durch die zwei Revolutionen und die rumänische Besetzung vollkommen zu Grunde gerichtet sei.

Polnische Wirtschaft.

Polen hat 175 Milliarden Mark Schulden. Warschau, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die tschechische „Arbeidn Wist“ mitteilt, ist in Finanzkreisen bekannt geworden, daß der polnische Staat bei dem Abzuge nach dem Abzuge der deutschen Besatzung 175 Milliarden Schulden gemacht hat, eine in der Geschichte der Völker unerhörte Summe.

Die Dohn nach Dageb.

London, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Das Reutersche Bureau meldet, daß der Eisenbahnverkehr von Dageb nach Dageb in allerhöchster Eile aufgenommen wird.

Zum Einheitsstaat.

Von Barteld (Hannover), Mitteil der Preussischen Landesversammlung.

Als wir in der Deutschen demokratischen Fraktion der Preussischen Landesversammlung die Anregung zu dem im Plenum mit 210 gegen 82 Stimmen angenommenen, auf die Errichtung des Einheitsstaates gerichteten Antrag der Mehrheitsparteien gaben, verkanteten wir keineswegs die der Ausführung und der Durchführung des Beschlusses noch entgegenstehenden Schwierigkeiten.

Trotz der wiederholten Erklärungen der Staatsregierung und der Volkvertretung in Preußen, welche die Bereitwilligkeit zum Aufgeben in einem deutschen Einheitsstaat enthielten, wenn auch die übrigen Gliedstaaten hierzu bereit seien, war bis jetzt noch in weiten Kreisen Deutschlands die Ansicht vertreten, Preußen sei doch immer noch das größte Hindernis zum Einheitsstaat.

Diese Ansicht ist ganz falsch. Durch die neue Reichsverfassung ist die starke zentrale Macht der früheren Einzelstaaten völlig ausgeblüht. Auf das Reich sind übertragen bzw. gehen über: die Wehrmacht; das gesamte Verkehrsnetz: Post, Telegraphie, Eisenbahnen, Wasserstraßen; die Schulverfassung; das Zollwesen; vor allen Dingen aber die Finanzhoheit.

Die Mehrheitsparteien der Preussischen Landesversammlung, vor allem die Demofraten und das Zentrum, kennen sehr wohl die Bedeutung der Eigenarten der auf ihre Landsmannschaft ruhigen deutschen Stämme für das Deutschtum und sind durchaus gewillt, sie nicht nur zu erhalten, sie vielmehr ernstlich zu pflegen.

Ramenklich unter den hiesigen Freunden mögen doch daran denken, wer hinter dem Antrage steht: Das Zentrum, das bis zum Allpreussentum hinübergegriffen hat; die Demokraten, die stets die eifrigsten Befürworter der alten preussischen Verfassung gewesen sind und die Sozialdemokratie, die besonders stark unter dem Druck des kaiserlichen, unterdrückten Preussens gelitten hat. Wer aber ist dagegen? Die Anhänger der alten Macht, die Deutschnationalen, die mit den ihnen verbundenen und ihnen gefesselteren Deutschen Volkspartei, die zwar nach ihrem Programm dem Einheitsstaat fordert, aber im Parlament gegen seine Forderung stimmt. Diese beiden Parteien wollen Preussen erhalten, weil sie wissen, daß sie hier ihre noch verbleibenden Machtstützpunkte haben und weil sie hoffen, hier noch einmal an Macht zu gewinnen, was ihnen im großen Deutschland unmöglich ist. Schon hieraus müssen unsere süddeutschen Volksgenossen erkennen, daß wir ohne jeden Hintergedanken, lediglich aus echter deutscher und wahrhaft nationaler Gesinnung heraus dem Einheitsstaat wollen und darum sollten uns gerade alle echten Demokraten in diesem Kampfe für den Einheitsstaat unterstützen. Das Vertrauen, das leider noch vielfach zwischen den einzelnen deutschen Volkstämmen besteht und häufiglich genährt wird, muß endlich verwinden und einem echten Willen zum Schwereisen Platz machen. Wir wollen Niederösterreich, Bayern, Schwaben usw. bleiben, aber weit darüber soll uns einsehen — Deutschland.

Um das Betriebsrätegesetz.

Der schriftliche Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten in der Nationalversammlung ist schon für das Reich über die Betriebsräte zur Verteilung gelangt. Der Gesetzentwurf ist in zwei Fassungen im Ausschuss gründlich umgearbeitet worden. Wie gründlich, ergibt sich aus der Tatsache, daß von den 56 Paragraphen der Regierungsvorlage im ganzen nur sechs unverändert geblieben sind. Berichterhalter für das Plenum ist der demokratische Abg. Schneider. Der Ausschuss schlägt außer der Annahme des Betriebsrätegesetzes in der ihm in zweiter Lesung gegebenen Form dem Plenum der Nationalversammlung die Zustimmung zu zwei Änderungen vor:

- 1. Die Reichsregierung zu erlauben, umgehend einen Gesetzesentwurf betreffend einen erhöhten Schutz der Bergarbeiter und die Sicherung einer wirksamen Aufsicht unter geordneter Mitwirkung der Arbeiter vorzulegen;
 - 2. Die Reichsregierung zu erlauben, zunächst bald einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den die Arbeitnehmer in Betrieben der Metallgewerbe die Beteiligung an der Unternehmensleitung durch den Erwerb von kleinen Bezugs-(Arbeiter-)Aktien erleichtert wird.
- Die zweite Beratung des Betriebsrätegesetzes im Plenum der Nationalversammlung beginnt am Dienstag, den 13. Januar.

Parteiagitation durch kleine Anfragen.

Kleine Anfragen" befristet worden. Die Konventionen waren danach und haben infolgedessen von der Regierung keinen Gebrauch gemacht. Die Regierung ist jedoch an den kleinen Anfragen gefesselt und benutzt sie vielfach zu agitatorischen Zwecken. Wie verlannt, hat die Reichsregierung mit Rücksicht auf die vielen kleinen Anfragen der Reichsparteien, die aufeinander schließlich zu agitatorischen Zwecken gestellt werden, deshalb beschlossen, in Zukunft die Anfragen mit eingehender, sachlicher Begründung, möglichst selbst in scharfer Form, zu beantworten. Die Mitglieder der Reichsparteien sind mit dieser Aufbesserung unzufrieden. Sie warnen damit nur, daß sie vollständig Mißbrauch treiben mit den kleinen Anfragen.

Die Frankfurter Eisenbahnarbeiter drohen mit Streik.

Frankfurt, 21. 1. Jan. Die hiesigen Vertrauensmänner des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben in einer letzten Beschlusse Sitzung dem Berliner Reichstagsabgeordneten Dr. C. W. die Mitglieder ausgesprochen, daß er eine „widergesetzliche und ungesetzliche Haltung“ in den Verhandlungen mit der Regierung gezeigt habe. Die Vertrauensmänner erklärte sich namens der Frankfurter Eisenbahner nicht mit der vorläufigen Regelung der Tariffälle ab 1. Januar 1910 einverstanden und daß in einer Entscheidung bekannt, daß sie bis zur Beseitigung ihrer wirtschaftlichen Lage ertzen nur unter streitiger Beobachtung der für den Eisenbahnbetrieb geltenden Bestimmungen arbeiten könne. Die Eisenbahner seien, falls die Regierung auf ihrem „unangenehmsten Standpunkt beharre, entschlossen, auch von den äußersten Mitteln des Streiks Gebrauch zu machen.

Der Gebietsraub im Osten.

Berlin, 2. Januar. Die Ueberragung von Bromberg an Polen wird voraussichtlich am 17. oder 18. Januar erledigt.

Streit über die Gerichtsbarkeit in den Volksabstimmungsgebieten.

Paris, 31. Dezbr. „L'Emps“ berichtet, die Vertreter Deutschlands bittet sich auf die Behauptung des Friedensvertrages, die die deutsche Gerichtsbarkeit in den bis zum Volksentscheid unterworfenen Zonen in Kraft lassen. Die Vertreter Deutschlands erklären, daß die Volksabstimmungsgebiete also der deutschen Gerichtsbarkeit unterworfen bleiben müßten. Es würde sich im besonderen daraus ergeben, daß die dort wohnenden Personen wegen Landesverrats vor das Reichsgericht in Leipzig gestellt werden könnten. Das aber, meint das Blatt, wäre unannehmlich für die locale Bevölkerung einer Volksabstimmung, und die Alliierten würden die ungesetzliche Auslegung der deutschen Gerichtsbarkeit natürlich nicht zugeben. Aber die deutschen Behörden beschließen sich vor, wenn sie es für möglich halten würden, die Gerichtsbarkeit ihrer Regierung, so lange die Alliierten der deutschen Nationalversammlung zugehen.

Der „Oberste Rat“ über die Maßnahmen gegen Deutschland.

Paris, 31. Dez. Der Oberste Rat der Alliierten hörte heute morgen Duffels, der über seine Unterteilung mit Frankreich v. Ferner Bericht erstattete sowie General Allard, der über die Verhandlungen zwischen den alliierten Vertretern und der von Sims zu präzifizierten Delegation berichtete. Der Rat einigte sich über alle Maßnahmen, die bezüglich des Inkrafttretens des Friedensvertrages, vor dem 6. Januar, dem Tage, der für den Antritt der Ratifikationen in Aussicht genommen ist, getroffen werden müssen. Der Rat beschloß ferner, daß der Schutz der Angehörigen der Gebeite, in denen Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen, im Auslande derjenigen Macht zufällt, deren Vertreter der Abstimmungs-Kommission des betreffenden Gebietes präsidieren. Der Rat entschied, daß der Antritt der Volksabstimmungen in den Abstimmungsgebieten jeder der Besatzung teilnehmenden Macht obliegen; die Ratifikation der Volksabstimmungen soll durch die Macht erfolgen, der das Abstimmungsgebiet zugeordnet wird. Sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages soll die deutsche Regierung die 192 000 Tonnen Schmelzmasse abstellen. Der Rest des Mehlvorrats ist innerhalb einer Frist von 30 Monaten abzuliefern. Wie ferner verlautet, wird die Pariser Konferenz nicht vor Ende nächster Woche stattfinden. Plötzlicher wird erst Mittwoch oder Donnerstag nach Paris abreisen.

Die politischen Schieber unter den Staatsarbeitern.

Berlin, 2. Januar. In der „D. Allgem. Zit.“ wird geäußert, daß der Einat nicht umhin könne, die Gehälter der Staatsbeamten und Staatsangestellten in ihre Form zu bringen, die sich von den übrigen in irgendeiner Weise unterscheiden. In der Zeitungsberichterstattung der Staatsbeamten und der dem Staate Beschäftigten Arbeiterschaft nicht eintrifft. Wenn aber bezüglich der Arbeiterschaft nicht eintrifft, so ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft sich nicht behaltet zu sehen, möchte sie energisch Stellung nehmen gegen diejenigen, die sie veranlassen wollen, Vorkerkennungen in Zusammenhang zu bringen mit politischen Schiebern. Die Eisenbahnbeamten in Mordern hätte nur recht getan, durch ihre Beamtenstellung erklären zu lassen, sie lehne es ab, an parlamentarischen unabhängigen Wahlschaffungen teilzunehmen.

England fordert Entfernung der amerikanischen Truppen aus Koblenz.

Paris, 31. Dez. Nach der „Revue“ haben die Engländer dem Führer einer Note überreicht, um darauf hinzuweisen, daß die amerikanischen Sittlichkeitskräfte einen Bräutigam am Rhein, Koblenz, besetzt halten, daß aber die Vereinigten Staaten ein Friedensvertrauen mit Deutschland noch nicht ratifiziert hätten, also auch keinen offiziellen Vertreter in der rheinischen inoffiziellen Hohen Kommission haben könnten. Die Note spricht die Ansicht aus, um den Schlichter dieser Kommission und der Verwaltung der beiden Gebiete keinen Widerspruch zu tun, werde es notwendig sein, daß der von den Amerikanern befehligte Posten in die französischen, englischen und belgischen Bezirke abgezogen werde.

Japan will die Lase in Sibirien retten.

Rotterdam, 31. Dez. Ant. Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet „Times“ aus Sibirien, daß die Lage der zurückweichenden Armee der Koltschak sehr düster ist. Die Bevölkerung von Irkutsk sei dort vertrieben. Die Regierung Koltschak feindlich gesinnt. Die Eisenbahnstation dieser Stadt soll sich in den Händen der Sozialrevolutionäre befinden. — Nach einer Meldung der „Times“ aus Peking ist Japan bereit, in Sibirien durch energische Unternehmung die Lage zu retten, wenn es von den Alliierten die Ermächtigung dazu erhält. Dasselbe Ziel verfolgt auch New York, eine halbamtliche Mitteilung aus Washington zufolge die Vereinigten Staaten, England und Japan ein Abkommen geschlossen haben, wonach die Aufsicht über Sibirien Japan übertragen wird.

Wilson's Bruch mit Oberst Houfe.

Paris, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Der Washingtoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ erklärt, Wilson's Bruch mit Oberst Houfe sei vollständig und die Ungewissheit darüber sei jetzt, daß nicht einmal mehr die Formen gewahrt würden.

Weitere Verzögerungen des endgültigen Friedens.

Paris, 1. Januar. „Reit Parisis“ sagt, man erwartete die Antwort der deutschen Regierung in betreff der schriftlich fixierten Angelegenheiten der Alliierten in der Spana-Flora-Angelegenheit. Generalsekretär Duffels und Freiherr v. Bernser hätten den 6. Januar nur als möglichen Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrages ins Auge gefaßt können. Es sei aber heute fast sicher, daß dieses Datum überschritten werden würde. Hinsichtlich des kritischen Gerichtshandes der Abstimmungsgebiete werde während der Verhandlungen zu sehen, daß andere Verhandlungen ausgeschlossen seien. Das sei ein weiterer Grund, anzunehmen, daß der Antritt der Volksabstimmungen nur den nicht vor dem 10. 1. selbst 12. Januar erfolgen dürfte. Saint Vrice im „Journal“ behauptet, General Verdand glaube, noch etwa 10 Tage zu benötigen, um die vielen juristischen, administrativen und militärischen Einzelheiten für die Überleitung der Verwaltung in den Abstimmungsgebieten zu regeln.

Eröffnung des indischen Nationalkongresses.

Westerham, 2. Januar. „Times“ melden aus Amerika, daß bei der Eröffnung des indischen Nationalkongresses der Präsident des Kongresses eine Rede hielt. In der er laut, der Freie in der Welt sei teilweise hergestellt. Die 15 Punkte des Präsidenten Wilson seien jedoch tot; wehe dem Besiegten sei die Lösung, Ausland, das Frieden wolle, solle nicht zur Ruhe kommen. Das Dos der Welt hängt in der Schwere und Zustand und Kompromisse müßten die Macht des britischen Reiches stärken. In Indien sei das Selbstbestimmungsrecht gegeben, um Punkt in

das Herz des indischen Volkes zu pflanzen und um etwaige kommende Schwierigkeiten zu vermeiden. „Times“ melden aus Bombay, daß die indische Bewegung, welche die Teilung der Türkei als die Errichtung von Mandaten zur Teilung der Türkei als einen Angriff auf ihre Religion ansehen würden.

Deutsches Reich.

Köpenhagen, 31. Dez. Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm, daß der frühere deutsche Stethother in Ost-Göteborg, Herr Wedel, gestern im Alter von 77 Jahren in Stockholm gestorben ist.

Massenarbeit aus dem Metallarbeiterverband. Allein im Berliner Gewerkschaftsbereich sind, wie das Organ der Berliner kommunikativen Opposition, „Die rote Fahne“ meldet, 11 000 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes ausgetreten. Das kommunikativen Metall führt die radikalste Bewegung auf, das Abzurufen des Berliner Generalstreiks und die sofortige Forderung der Verbandsleitung übernahm, sowie das Eintreten der Gewerkschaftsleitung für Arbeiterarbeit“ anrid. Die Erklärung des kommunikativen Metall ist jedoch nicht aufzufassen, es sei denn, daß unter der „sozialen Haltung der Verbandsleitung“ das Privileg der Einigkeit in den Berliner Gewerkschaften gemeint ist.

Der erste Passagierdampfer aus Amerika in Hamburg. Hamburg, 1. Januar. Der erste Passagierdampfer von Amerika, der 12 000 Tonnen-Dampfer „Manhattan“, ist von New York auf der Elbe eingetroffen. Außer Passagieren bringt er Südgut auf.

Der Eisenbahnverkehr in der Eisenbahnzeit. Berlin, 2. Januar. Wenn auch im allgemeinen in den Blättern ein ruhiger Verlauf der diesjährigen Eisenbahnzeit in Groß-Berlin festzustellen ist, so fehlt es doch nicht an Herdorten einzelner Erscheinungen, die festzustellen. Der „Lok-Anz.“ tut dies bezüglich des Eisenbahnverkehrs in diesem Umfang noch nicht beobachtet werden ist.

Ausland.

Eine Neuauflage des dänischen Abniss. Kopenhagen, 1. Januar. Bei der heutigen Neujahrsfeier hieß der König eine Rede, in der er u. a. die Hoffnung ausdrückte, daß das Inkrafttreten des Weltfriedens den Reim zur Verständigung unter den Nationen in sich trage und daß die Wunden heilen möchten, die der Krieg geschlagen hat. Möge mir, fuhr der König fort, in Dankbarkeit gegen Gott und die Menschen uns würdig zeigen der Wiederherstellung mit unkreidlichen Willen im Sibirien, die durch Jahrzehnte hindurch Dänemark die Liebe demohrt haben. Der König trant zum Schluß auf Dänemarks und Islands Wohl.

Halle und Umgegend.

Halle den 2. Januar 1910.

Abfertigung einer Operation abhören?

Vielmehr werden Renten verlangt, um Operationen zu ermöglichen. Das Reichsversicherungsamt hat in einem bestimmten Falle die Rentenverpflichtung nicht genehmigt und u. a. anführt, die Unfallverletzten müßten sich während der Dauer des Heilverfahrens solchen Maßnahmen unterziehen, welche eine ordnungsmäßige Behandlung ermöglichen, z. B. Freilegung der verletzten Stelle, Einstrahlen in Geschwür, Entfernung abgestorbener Knochen; eigentliche Operationen haben Unfallverletzte weder während der Heilbehandlung, noch nach deren Abgange zu dulden; als solche Operationen seien zu bezeichnen, welche in den Bestand oder die Unverletztheit des Körpers eingreifen, oder die wie jede eine allgemeine Behandlung erfordernde Operation nicht ohne Lebensgefahr vorgenommen werden können. Vorbehalten waren noch dem Gutachten des Prof. A. in Bonn der Operationen nötig, um die Selbstheilung des Verletzten zu verbessern; u. a. müßte eine Regenbogenhautentzündung und mehrere Operationen vorgenommen werden, um den geschrumpften Bundstarr zu beseitigen. Wenn diese Operationen auch nach Ansicht der ärztlichen Sachverständigen ohne allgemeine Narkose, ohne nennenswerte Schmerzen und ohne wesentliche Gefahr für Leben und Gesundheit des Verletzten ausgeführt werden können, so handelt es sich dabei doch um Eingriffe in den Bestand und die Unverletztheit des Körpers, die der Verletzte nicht zu dulden verpflichtet war. Die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft auf chirurgischem Gebiet lassen es zweifelhaft erscheinen, ob es sich rechtfertigen lasse, in jedem Falle die Vornahme von ungesetzlichen und schmerzhaften Operationen von der Einwilligung des Verletzten abhängig zu machen. Durch die Operation würde vorliegend nur eine geringe Besserung erzielt werden, nämlich ein linsenloses Auge, das er ohne Starbrille nicht gebrauchen könne. Der Verletzte konnte begründete Bedenken gegen die Operation geltend machen; er verweigerte nicht die Operation aus Eigenhuth und Selbsthuth wider Treu und Glauben.

Sticht. erw. Fortbildungsschule. Schulbeginn wegen Kohlenmanuels erst am 17. B.

Die Fortbildungsschule wird den Unterricht vorläufig noch bis auf weiteres aussetzen. Der Anfang wird rechtzeitig in den Besetzungen bekanntgegeben.

Die Eisenbahner in der St. Marienkirche findet am 4. Jan. abends um 8 Uhr statt. Der französische Rinderpestbeschickte ist die Epidemiohygiene in der Marienkirche am 4. Januar nach, um 4 1/2 Uhr. In beiden Fällen wird Herr Wiss. Röhre die Besuche halten.

Provinzial-Verordnungen.

Wob. 1. Jan. In dem weiblichen Magistratsmitglied. In der Magistratswahl am 20. Dezember wurde hier zum ersten Male ein weibliches Mitglied, Frau Marie Wob. als Kandidatin gewählt.